

# „Schulische Integration bleibt in Tirol ein leeres Versprechen“

Schwieriger Schulstart für Behinderte. Der Verein Integration Tirol kritisiert fehlende Integrationsplätze in Kindergärten und muss weiter um Schulassistenten kämpfen.

Von Brigitte Warenski

**Innsbruck** – Kindergarten und Schule sind für Eltern und ihre Kinder mit erhöhtem Förderbedarf eine Herausforderung: „Die Integration bleibt in Tirol ein leeres Versprechen“, sagt Sonja Tollinger, Vorstandsmitglied des Vereins Integration Tirol. „Kinder mit Behinderung finden deutlich häufiger keinen Kindergartenplatz, sie werden in Wartelisten zurückgereiht.“

„Nur in der Bildungsregion Reutte wird das eigentlich verbriefte Recht aller Kinder auf den Besuch einer Schule am Wohnort auch gelebt.“

Sonja Tollinger  
(Verein Integration Tirol)

Heuer sei zudem vermehrt aufgefallen, „dass Kinder mit Behinderung keinen Integrationsplatz erhalten. Nach einigem Verhandeln haben sich Kindergärten ohne Integrationsgruppen dann einzeln bereit erklärt, die Kinder z. B. an zwei Tagen für jeweils eine Stunde pro Woche aufzunehmen. Das ist Stress pur vor allem für die Mütter, wenn es auch noch Kinderbetreuung für Geschwisterkinder braucht.“ Ausgenommen sind Kinder mit Beeinträchtigung auch vom 3. verpflichtenden Kindergartenjahr. „Man stellt das so hin, als würde man damit uns betroffe-

nen Eltern entgegenkommen, aber das Gegenteil ist der Fall“, so Tollinger.

Ähnlich zeigt sich die Situation laut Tollinger im Schulbereich – ausgenommen ist dabei die Bildungsregion Reutte. „Hier wird das eigentlich verbriefte Recht aller Kinder auf den Besuch einer Schule am Wohnort auch

gelebt. Es gibt keine einzige Sonderschule, alle Kinder werden in den Schulalltag integriert. Reutte zeigt, dass Inklusion sehr wohl in der Praxis funktioniert.“

Im Rest Tirols „gibt es dagegen weiter Kämpfe um Assistenzstunden, die Klassen sind zu groß, der Betreuungsschlüssel

mangelhaft. Es gibt keine Therapien in den Schulen, Nachmittags- und Ferienbetreuung sind unzureichend.“ Völlig „undurchsichtig“ ist für betroffene Eltern, „wie viele Inklusionsstunden den einzelnen Schulen vom Land genehmigt wurden. Diese Inklusionsstunden sind ja für Lehrkräfte vorgesehen,

die z. B. das Unterrichtsmaterial für die speziellen Bedürfnisse aufarbeiten. Uns kommt vor, dass diese Stunden immer weniger werden und hier die Schulassistenten einspringen müssen, die dann für die Nachmittagsbetreuung fehlen.“ Der Personalmangel erschwere die Situation zusätzlich. Riesig seien noch immer die bürokratischen Hürden: „Ob man Assistenz bekommt, ist abhängig von der erhöhten Familienbeihilfe oder dem Pflegegeldbescheid. Dies ist wiederum abhängig von der Diagnose, die man alle zwei Jahre erneuern muss. Wie viele Stunden man bekommt, entscheidet ein weiteres mehrstufiges Verfahren zwischen Schule, Bildungsdirektion und Gemeinde.“

Kein verbrieftes Recht auf eine Schulassistentin in der Oberstufe gibt es bisher u. a. für Kinder im Autismus-Spektrum. Aber ohne eine Person, die ihnen beim Lernen assistiert, ist der Besuch einer höheren Schule samt Matura oft unerreichbar. Der Klagsverband und Mitgliedsvereine haben daher beschlossen, die erste Verbandsklage in Österreich nach dem BundesBehindertengleichstellungsgesetz (BGStG) einzubringen. Damit will man einen Rechtsanspruch auf individuelle und bedarfsgerechte Assistenz für alle Schüler mit Behinderungen an Bundesschulen erreichen. Der erste Gerichtstermin findet im Dezember statt.



Therapieangebote wie Logopädie fehlen an den Tiroler Schulen.

Foto: iStock

## Protestversammlung in Innsbruck für Behindertenrechte

Der Österreichische Behindertenrat (ÖBR) ruft am 28. September zu einem österreichweiten Protesttag von Menschen mit Behinderungen auf. Auch die Tiroler Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, Selbstvertreter\*innen

und verschiedenste Behindertenorganisationen rufen gemeinsam dazu auf, um auch in Tirol ein starkes Zeichen für mehr Inklusion zu setzen. Am 28.9. findet von 11 bis 12.30 dazu eine Protestversammlung in Innsbruck in der Maria-Theresien-

Straße statt, die mit einem anschließenden Marsch zum Landhausplatz abgeschlossen wird. „Gemeinsam wollen wir damit ein klares Zeichen nach Wien, aber auch an die zukünftige Tiroler Landesregierung senden“, sagt Sonja Tollinger.